

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Zustandort: Neudorfer Straße.  
Verlagsnummer: 25241.  
Preis für Abnehmer: 20 011.

Bezugs-Gebühr  
Anzeigen-Preise.

vierteljährlich in Dresden und Berlin bei gleichzeitiger Zustellung jeweils bei ein-  
maliger Zahlung von 20 Mk. (einschl. Porto) 24 Mk. monatlich 1 00 Mk.  
Die einjährige 27 Mk. (einschl. Porto) 30 Mk. Bei Anzeigen unter 1000 W.  
Wahlwerberpreis einseitig 20 W. und Verteiler 25 W. Bei Anzeigen unter 1000 W.  
Zerl. Ausdrücke werden gegen Übernahme der Kosten nicht angenommen.

Schleifung und Hauptgeschäftsstelle:  
Markenstraße 24/25.

Druck u. Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden.  
Vollständiges Verzeichnis 1918 200 Seiten.

**Brautausstattungen**  
Einzel-Möbel in allen Preislagen Einzel-Möbel  
J. A. KONIG Kamenzer Straße 27.  
Bruno Straßenschilder 6. o. Tel. 2267.

**KIOS**  
CIGARETTEN

**Kronen Lampen**  
Antiquitäten  
Kretzschmar, Bösenberg & Co.  
5 Serrestraße 5 (Nähe Pirnaischer Platz).  
Kriegsanleihe wird zum Tageskurs in Zahlung genommen.

## Entdeckung einer Militärrevolte.

### Geplante Militärrevolte.

Berlin, 4. April. In mehreren Städten ist in der letzten Zeit der Versuch gemacht worden, militärische Organisationen für eine im April vorzunehmende Militärrevolte zum Zwecke

### des Sturzes der Regierung.

der Sprengung der Nationalversammlung und der Ausrufung der Räterepublik

zu gewinnen. So fanden in Magdeburg und Berlin Besprechungen statt, in denen neben Soldaten Mitglieder der Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten teilgenommen haben. In erster Linie sollen die Soldaten des Magdeburger vierten Armeekorps, dessen Zentralrat an den Erörterungen beteiligt war, und Formationen des 21. und 16. Armeekorps an dem Unternehmen beteiligt sein. Die beiden letzten Armeekorps hatten früher ihren Standort in Pommern. Die Regimenter demobilisierten in Orten, die im Bezirk des vierten Armeekorps liegen. Die Leute sind nicht immer gut untergebracht. Die Unteroffiziere sind wegen ihrer Zukunft besorgt. Die vorhandene Unzufriedenheit soll durch verbreitete politische Drahtzieher ausgenutzt werden, indem sie den politischen und wirtschaftlich wenig erfahrenen Soldaten klarsprechen, es sei nur nötig, die Regierung zu stürzen, um ihnen eine angenehme Zukunft zu garantieren. Das hat bis zu einem gewissen Grade bei einer Anzahl von Soldaten gewirkt, da ihnen der Erfolg als ganz sicher in Aussicht gestellt wurde. Nachdem in Magdeburg der Plan erstrebt worden war, ist in den letzten Tagen von den Verdächtigen in Berlin bei Truppenteilen der Versuch gemacht worden, sie zur Teilnahme an dem Handreich zu gewinnen. Der Plan ist der Regierung in seinen Hauptteilen bekannt. Für alle Fälle hat der Reichswehrminister als Oberkommandierender Vorkehrungen getroffen, durch die gewährleistet wird, daß jeder Versuch auf nachdrückliche Unterdrückung zu rechnen ist.

### Frankreichs Ziel auf Deutschlands Entwaffnung.

Paris, 4. April. (Agence Havas.) In der Kammer schloß Rainold vor, am Freitag über den Antrag zu beraten, der die Regierung auffordert, die Entwaffnung Deutschlands zu erreichen. Der Antrag lautet: Die Kammer, die entschlossen ist, die vollständige Entwaffnung Deutschlands auszusuchen zu erhalten, fordert die Regierung formell auf, in der Friedenskonferenz den Gedanken zu unterstützen und zur Annahme zu bringen, daß Deutschland weder eine Armee, noch eine militärische Organisation, noch irgendeine Art der Bewaffnung beibehalten darf, und daß in jedem der deutschen Staaten nur die zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung nötigen Polizei- und Gendarmeriekräfte bestehen dürfen. Deshauf macht darauf aufmerksam, daß die Verfassung des Parlamentes kein Recht verleihe, der Regierung vorher Grundfragen an den Verhandlungen voranzutreiben. Schon antwortete, daß die Regierung den verfassungsmäßigen Charakter des Vorschlages nachprüfen müsse, daß sie aber im Grunde den Gedanken billige und entschlossen sei, eine durchgehende Entwaffnung Deutschlands zu erzielen. Deutschland solle nicht mehr in der Lage sein, eine Unternehmung zu beginnen, für die es in vollem Maße verantwortlich sei und die der Menschheit so teuer zu stehen kam. Die Regierung könne nunmehr von der Kammer volles Vertrauen verlangen. Rainold erklärte sich für sehr befriedigt von den Ausführungen, stellte die Einmütigkeit der Kammer fest und schloß mit der Bemerkung, daß eine Abstimmung unnötig sei. (Beifall.)

### Die amerikanische allgemeine Wehrpflicht.

Berlin, 4. April. Dem Büro Europa Preß wird aus New York gemeldet, daß das amerikanische Kriegsministerium eine Vorlage zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ausgearbeitet hat, die schon in den nächsten Tagen dem Kongreß vorzulegen werden soll. Danach soll die aktive Dienstzeit neun Monate betragen.

### Die Berliner Spartakuskämpfe vor dem Reichsgericht.

Beipzig, 4. April. Die Kämpfe der Spartakuswoche (8. bis 11. Januar) in Berlin, deren Schauplatz hauptsächlich die Verlagsgebäude von Ullstein und Wiese waren, haben bekanntlich zur Verurteilung einer ganzen Anzahl Spartakisten wegen Aufruhrs durch das Landgericht Berlin geführt. Unter anderen wurden die Studenten der Rechte Appel und Stein Schneider zu je 1 Jahr, der Lehrer Eilers zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Ihre beim Reichsgericht eingeleitete Revision wurde heute vom 2. Strafsenat des höchsten Gerichtshofes verworfen. Aus von einem Regierungsparlamentarier gemachten Zusicherungen der Straffreiheit für den Fall der Uebergabe verweigerte das Reichsgericht weder den Anlaß zu einer rechtsverbindlichen Niederschlagung des Verfahrens noch zu einer Begnadigung heranzuleiten. Zu einer solchen sei eine Erklärung des Inhabers der Staatsgewalt gegenüber dem Staatsanwalt erforderlich. Eine solche Anweisung sei aber weder behauptet noch bekannt geworden. Dieses Urteil ist für alle in gleicher Angelegenheit noch schwebenden Prozesse von grundlegender Bedeutung.

### Keine Landung in Danzig.

Berlin, 4. April. Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Das Abkommen über die Frage des Durchganges polnischer Truppen durch deutsches Gebiet ist heute abend 7 1/2 Uhr vom Reichsminister Eraberger und Marschall Koch in Spa unterzeichnet worden. Die Bedeutung des Abkommens liegt darin, daß eine Landung in Danzig nicht stattfindet. Vor der Unterzeichnung des Protokolls hat Reichsminister Eraberger die Erklärung abgegeben, daß die Auffassung der Entente über den Art. 16 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918, wonach sich aus dem Artikel für Deutschland die Verpflichtung ergebe, auch die Truppen des Generals Daller über Danzig nach Polen zurückzuführen zu lassen, sich nicht mit der Auffassung der deutschen Regierung decke. Ferner hat Reichsminister Eraberger vor der Unterzeichnung bei Marschall Koch beantragt und die Aufgabe erhalten, daß Marschall Koch, weil er für Schiffsführerfragen nicht zuständig ist, bei den zuzählenden englischen Schiffsführern empfehlen wird, über die Dauer des Durchganges polnischer Truppen durch deutsches Gebiet die deutsche Küstenwache freizugeben. Das Abkommen, das, wie nach dem bereits angeführten Meldungen der Waffenstillstandskommission anzunehmen war, ein Kompromiß darstellt zwischen der deutschen Auffassung und dem Standpunkt der Entente, hat folgenden Wortlaut:

1. Aus dem Art. 16 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 ergibt sich für Deutschland die Verpflichtung, den Durchmarsch alliierter Streitkräfte über Danzig auszuführen und insbesondere nach der Auffassung der Alliierten auch die Truppen des Generals Haller.

2. Die deutsche Regierung hat folgende neue Transportwege vorgeschlagen: 1. Von Stettin über Kreuz Richtung Posen, Warschau; 2. von Pillau, Königsberg und Remel über Rostock, Danzig, Gdansk; 3. über Lublin, Wischni, Kassel, Halle, Eilenburg und über Braunsberg a. M., Wehra, Erfurt, Leipzig, Eilenburg, dann weiter über Rottb., Elba, Kallisch.

3. Die deutsche Regierung gewährleistet die vollkommene Sicherheit dieser Transportwege. Auf der Gegenseite werden Maßnahmen ergriffen werden, damit die auf dem Transport durch deutsches Gebiet befindlichen Truppen alles unterlassen, was Ursache unter der Bevölkerung hervorzurufen könnte. Die Transporte werden gegen den 15. April beginnen und ungefähr zwei Monate dauern. Die beständigsten polnischen Truppen sind für die Aufrechterhaltung der Ordnung gemäß Art. 16 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 bestimmt.

4. Die Durchführung der Transporte wird durch einen Inspektionsrat in diesem Protokoll geregelt.

5. Sollten bei dem Transport über die von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Verkehrswege erste Schwierigkeiten entstehen, welche die deutsche Regierung, nachdem sie von den Alliierten und assoziierten Regierungen benachrichtigt ist, nicht zu beseitigen vermag, so behält sich Marschall Koch, der Oberkommandierende der alliierten Armeen, das Recht vor, auf die Transporte zurückzukommen, die im Art. 16 des Waffenstillstandsabkommens vom 11. November 1918 vorgesehen sind, und zwar nach Ausmaß der Bestimmungen und mit Garantien, die durch die internationale permanente Waffenstillstandskommission festgelegt sind.

### Vorläufiger Abschluß der Kölner Verhandlungen.

Berlin, 4. April. Die Verhandlungen in Köln sind zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. Da die Alliiertenkommission die von deutscher Seite dargelegten Gesichtspunkte dem Obersten Wirtschaftsrat berichten muß, ist von deutscher Seite kein Zweifel darüber gelassen worden, daß der Zustand, der durch das Luxemburger Abkommen in seiner gegenwärtigen Handhabung geschaffen worden ist, unumkehrbar andauernd kann, wenn wirklich die Alliierten die Absicht haben, deutsche Kohle als Ausfuhrartikel zur Lebensmittelaufnahme an die Alliierten heranzusenden, und wenn es ihnen mit einem Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens und einer Verubung Deutschlands durch industrielle Arbeitsfähigkeit ernst ist. Die freie Veräußerung über die links- und rechtsrheinische Kohlenförderung und der freie Austausch zwischen beiden Gebieten ist für uns unerlässlich. Nur wenn dies uns gesichert ist, können wir logisch durch Kohlen in Form von Export und deutscher industrieller Arbeit unsere Lebensmittel bezahlen und auch hierdurch dazu beitragen, Deutschlands inneres Leben auf einen festen Boden zu stellen.

### Auch Bulgarien im Banne des Bolschewismus.

Wigene Drohmeldung der Dresdner Nachrichten.  
Genf, 4. April. Nach einer Information des ukrainischen Pressebureaus beginnt sich die Lage in Sofia merklich zu beruhigen und zu halten. Trotz aller offiziellen Dementis macht Bulgarien Miene, dem ungarischen Beispiel zu folgen. In Sofia sollen bereits Vertreter der Sowjetregierung eingesetzt sein, um mit den Führern der bulgarischen Sozialisten und der Bauernpartei über die Möglichkeit einer gemeinsamen Aktion von Rußland und Bulgarien zu verhandeln.

### Die Ukraine vom Ausland abgeschnitten.

Wigene Drohmeldung der Dresdner Nachrichten.  
Genf, 4. April. Wie das ukrainische Pressebureau auf Grund eingetroffener Informationen mitteilt, ist die Ukraine durch die bolschewistischen Armeen bereits völlig vom Auslande abgeschnitten.

### Bolschewismus oder was sonst?

Je weniger es bisher gelingen will, das deutsche Volk geschlossen zur schaffenden Arbeit zurückzuführen, je bestemmender sich die Sorge um die Friedensbedingungen auf unsere schwergeprüften Nerven legt, desto dringender umriss nimmt das die gesamte Kulturwelt bedrohende Gespenst des Bolschewismus an. Es bohrt sich mit seiner unheimlichen Suggestivkraft in die Herzen und Hirne hinein, umwehelt das gesunde Urteil, trübt den Blick für die realen Dinge des Lebens und läßt immer weitere Kreise sich in den Gedanken verengen: Lenin und Trotzky haben am Ende doch recht. Wir kommen nicht anders aus dem Elend heraus als dadurch, daß wir erst alles kurz und klein schlagen und dann auf den Trümmern des Alten eine neue bessere Welt errichten. Besonders gefährlich ist der Umstand, daß dieser Irrwahn sich allmählich auch in den Köpfen der Intelligenz festzusetzen beginnt und dort nicht nur ein entartetes Kaffeehaus-Literarium erareit, sondern ganz ernsthafte und scharf denkende Elemente berührt und fortreißt. Wie weit diese verhängnisvolle Bewegung bereits am sich gegriffen hat, zeigt in symptomatischer Weise eine Betrachtung des deutschen internationalen Professore Dr. Paul Ehbacher im „Tag“, worin als letztes Mittel zur unserer Errettung aus der Sklaverei der Entente die bewußte Herbeiführung des bolschewistischen Umsturzes bei uns empfohlen wird. Herr Ehbacher erklärt von vornherein, daß der von ihm vorgeschlagene Weg nicht für „kleine Geister“ geeignet sei, die unfähig seien, sich aus der Gewohnheit des Alltags heraus zu großen Entschlüssen aufzuraffen. Von den „großen Geistern“ aber verlangt er allen Ernstes, daß sie läßt alle Uebel des Bolschewismus auf sich nehmen sollen, um die Verfassung Deutschlands durch die Entente zu verhindern. Einmütig müßten wir dafür sorgen, daß der Bolschewismus kommt, und alle demüßigt „diese höchst zweifelhafte soziale und politische Umgestaltung“ ins Werk setzen, in der Ueberzeugung, daß ein bolschewistisches Deutschland das Signal zur Weltrevolution geben und damit auch unsere Gegner zerschmettern werde.

Professor Ehbacher sieht im Geiste Modkau brennen, unter dessen Trümmern ein Napoleon's Nacht ausbricht, und nach dieser Methode will er jetzt die gesamte Welt kurieren. In der revolutionären Blut des Bolschewismus sollen alle die alten Staaten zerhacken und aus ihrer Asche wie ein Vogel Phönix eine neue, der gesamten Menschheit Glück verheißende Ordnung auferstehen. Unschön ist ein derartiger Gedankengang als Ausbruch hoffnungsloser Verzweiflung über unsere gegenwärtige Lage und über den Mangel aller besseren Zukunftsaussichten immerhin zu erklären. Wir sehen keine ansehnliche Wiedergeburt zu einem starken und umfassenden Wiederaufbau unserer Industrie und unseres Welt Handels, und die Steuern und Zölle, die wir tragen müssen, sind schon jetzt so hoch, daß sie uns den Atem rauben. Was soll dann aber erst werden, wenn auch noch die unannehme Bürde der von unseren Gegnern erhobenen Entschädigungsforderungen hinzukommt? Das Gefühl des Entsetzens erareit uns bei einem solchen Ausblick in die Zukunft, und da darf es denn nicht gar so sehr überraschen, wenn solche Gedanken austauschen, wie sie Professor Ehbacher vertritt. Sobald man aber daran den Nachah der letzten politischen Unmöglichkeit legt, ergibt sich ohne weiteres ihre praktische Unmöglichkeit. Wir können doch nicht alles, was wir an kulturellen Gütern nach dem Orient überhaupt noch besitzen, mutwillig zerstören und vernichten, doch um des Trugbildes einer neuen Weltordnung willen, deren Vertreter bis jetzt jeden Beweis schuldig geblieben sind, daß sie irgendwie vollkommener sein würde als die jetztige. Im Gegenteil! Was die Menschheit bis zum heutigen Tage von den angeblichen Segnungen des Bolschewismus erfahren hat, läßt keinen Zweifel darüber aufkommen, daß er gleichbedeutend ist mit einer völligen Vernichtung aller kulturellen Errungenschaften, daß Blut, Brand, Mord und Gewalt der schlimmsten Art seinen stückeladen Weg bezeichnen, und daß nirgends auch nur der geringste Anlaß zu dem verheißenen Paradies zu erblicken ist.

Für die ernsthafte praktische Politik kann daher der Vorschlag, wir sollten mit Bewußtsein den Sprung in den dunklen Abgrund des Bolschewismus tun, gar nicht in Betracht kommen. Solange unsere verantwortlichen Kreise und unsere maßgebenden Politiker sich noch einen fahlen und klaren Kopf gegenüber den Räten der Zeit bewahren, ist es ausgeschlossen, daß wir die Politik des Reiches auf die Methode einstellen, den Teufel durch Beläuben auszutreiben. Was aber sollen wir sonst tun? Wie sollen wir uns verhalten, um die Uebel, unter denen wir leiden, möglichen auf ein erträglicheres Maß herabzudrücken? Es sind verschiedene Wege, die zum Ziele führen könnten, denkbar, und es wird von dem Ausfall der Friedensverhandlungen abhängen, welchen Weg wir zu wählen haben. Am besten